

# Der kleine Unterschied - in Milliarden Franken : Überlegungen zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen aus feministischer Sicht

Autor(en): **Madörin, Mascha**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **16 (1996)**

Heft 31

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651794>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mascha Madörin

## **Der kleine Unterschied – in Milliarden Franken**

### **Überlegungen zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen aus feministischer Sicht**

Die linke Male-Main-Stream-Debatte über die Umverteilung von Arbeit und Einkommen ist nicht neu, sie wird heute aber unter anderen politischen und unter sehr veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen (Technologieschub, Globalisierung der Wirtschaft, zunehmende Erwerbsarbeitslosigkeit) geführt. So war die Debatte in den 70er Jahren zum Thema "Umverteilung von Arbeit und Einkommen" von der Kritik der Erwerbsarbeit als Lohnsklaverei geprägt. Radikale Arbeitszeitverkürzung stand unter dem Motto "Nicht leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben". Auch die Forderung nach einem existenzsichernden Grundeinkommen wurde als Chance gesehen, neue Lebens- und Arbeitszusammenhänge zu schaffen, wo Männer und Frauen nicht mehr – oder zumindest weniger – dem Diktat der Bürokratie und der Fabrik unterworfen wären.

Heute werden gleiche Postulate unter anderen Vorzeichen diskutiert: Die sozialpolitische Dimension steht weit stärker im Vordergrund als die demokratie- und freiheitspolitische. Es geht um eine Politik gegen Arbeitslosigkeit, Verarmung, Ausgrenzung von Menschen. Das existenzsichernde Grundeinkommen gilt als Modell, das soziale Sicherheitsnetz auf alle auszudehnen. Und die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung wird heute nicht mehr als Utopie der Befreiung von Lohnarbeit unter kapitalistischen Verhältnissen verstanden, sondern als notwendige Voraussetzung für ein Recht aller auf Erwerbsarbeit. Man ist sich nicht einig in der Analyse, worin denn heute die Tendenzen der Globalisierung der Wirtschaft, der Krise des Sozialstaates und der "Arbeitsgesellschaft" genauer bestehen. Ebenso wenig ist man sich darüber einig, welche Auswirkungen die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Massnahmen zeitigen. Das Problem aus feministischer Sicht ist, dass diese Divergenzen und Kontroversen, so interessant sie sein mögen, sich als ziemlich irrelevant für die Fragen erweisen, die sich bei einer wirklichen Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen Männern und Frauen stellen (würden).

Im Unterschied zu den 70er Jahren ist heute das Thema "Umverteilung von Arbeit und Einkommen" für die unterschiedlichsten Frauennetzwerke zu einer der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragestellungen geworden. Das ist gegenwärtig auch in der Schweiz zu beobachten. Allerdings ist hierzulande die Debatte der Frauen, nicht nur was ihre politische Herkunft, ihre soziale Stellung, Lebens- und Arbeitsentwürfe anbelangt, sondern auch in bezug auf

die Argumentationslinien sehr heterogen, aufgesplittert und verwirrend. Einerseits dürfte diese Heterogenität Ausdruck der Tatsache sein, dass Frauen in viel unterschiedlicheren und vielfältigeren Lebens- und Arbeits-situationen stecken als Männer. Andererseits eignen sich die herkömmlichen (linken und rechten) wirtschaftstheoretischen Ansätze schlecht zur Analyse der aktuellen Wirtschaftskrise aus Frauensicht. Das Problem beginnt schon bei den Kategorien, in denen gedacht und argumentiert wird. In der Ökonomie gibt es wie in allen Wissenschaften Begriffe, die "Restpostenbegriffe" sind. Die wichtigsten ökonomischen Grundkategorien stammen aus dem 19. Jahrhundert, aus einer Zeit also, als wirtschaftlicher Fortschritt und Reichtum mit Güterproduktion und mit Industrialisierung gleichgesetzt wurden. Sie sind nicht gerade hilfreich für die Erarbeitung einer feministischen Wirtschaftstheorie. So werden beispielsweise mit dem Gebrauch der Begriffe "informeller Sektor", "Dienstleistungen", "Reproduktionsarbeit"<sup>1</sup> die unterschiedlichsten Produktions-, Geschlechter- und Vertragsverhältnisse in denselben Analyse-Topf geworfen. Viele Frauentätigkeiten und -arbeitsverhältnisse werden so nicht erfasst. Die Exerzierplätze, Kategorien-Highways und Datenbahnen des gängigen (makro-)ökonomischen Denkens liegen weit weg von den Lebens- und Arbeitsrealitäten der Frauen.

Um die Brisanz einer frauenorientierten Sichtweise in dieser gegenwärtigen Debatte um die "Zukunft der Arbeit" oder um die "Umverteilung von Arbeit und Einkommen" zu verdeutlichen, will ich auf einige Aspekte der Hausarbeitsdebatte der Neuen Frauenbewegung<sup>2</sup> und deren wirtschaftstheoretische und -politische Herausforderungen eingehen. Ich tue dies aus zwei Perspektiven:

- a) ausgehend von der Tatsache, dass vor allem Frauen Haus- respektive Familienarbeit<sup>3</sup> leisten;
- b) ausgehend von der Tatsache, dass Gesellschaften ohne die Arbeiten im sogenannten Privaten nicht existieren könnten.

Zugleich dient dieser Artikel dazu, meine eigenen politischen Positionen in bezug auf die Umverteilung von Arbeit und Einkommen zu begründen. Ich halte folgende Punkte als makroökonomische Leitprinzipien<sup>4</sup> unter *heutigen* Bedingungen für wichtig:

- Eine massive Arbeitszeitverkürzung wird auf jeden Fall notwendig sein, will man nicht eine soziale Apartheid im grossen Stil herbeiführen.
- Ein existenzsicherndes Minimaleinkommen (abgesichert durch eine negative Einkommenssteuer<sup>5</sup>) soll als Unterhaltszahlung nicht an Arbeitsleistungen gekoppelt sein und eine direkte Subventionierung von niedrigen Erwerbseinkommen überflüssig machen.
- Die Bezahlung von Erziehungs- und Pflegearbeit und eventuell auch von Gratisarbeiten im Freiwilligenbereich ist zwar wünschbar, aber unbedingt nur zu Preisen, die denjenigen im Erwerbsektor entsprechen.
- Zentral für alle Massnahmen ist unter heutigen Bedingungen die Reduzierung des Geldmangels für Frauen und ihre finanzielle Absicherung.

## **Geldmangel, Arbeitsüberlastung und Zeitnöte**

Während sich die Alte Frauenbewegung vorwiegend mit der Diskriminierung und Rechtlosigkeit der Frauen in öffentlichen Räumen wie beispielsweise in der Politik oder in der Erwerbsarbeitswelt befasst hat, begann die Neue Frauenbewegung die gleichen Fragestellungen aus einem anderen Blickwinkel zu diskutieren. Das Motto lautete "Das Private ist politisch" und die Debatte darüber, was am Privaten ökonomisch sei, drehte sich vorerst um Arbeits- und Ausbeutungsbegriffe, wie sie in den männlich dominierten neuen sozialen Bewegungen gang und gäbe waren.

Vollzeit-Erwerbstätigkeit und kapitalistische Akkumulation, so begannen Frauen zu argumentieren, wären nicht möglich ohne unbezahlte Hintergrundarbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird. Diese Gratisarbeit wird vorwiegend über die Institution Familie respektive über den patriarchalen Ehevertrag der kapitalistischen Geld-Warenwirtschaft untergeordnet und durch sie indirekt ausgebeutet. Sowohl Kapitalisten als auch erwerbstätige Männer stecken, wenn es um Frauen geht, unter einer Decke, weil sie beide von der Gratisarbeit der Frauen profitieren.

In den 70er Jahren und frühen 80er Jahren war es für Frauen schwierig, sich mit dieser Argumentation Gehör zu verschaffen. Die onkelhafte Begriffslehre linker Männer nahm kein Ende. Inzwischen haben sich zwar die wirtschaftspolitischen Diskurse verändert, die Belehrungen gehen jedoch in etwas milderem Tonen ungebrochen weiter. Seit den 90er Jahren ist es nun aber OECD- und UNO-offiziell: Der Wert der Hausarbeit beläuft sich, wenn die Berechnungen für Deutschland angewendet werden, auf rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts.<sup>6</sup> In allen westeuropäischen Ländern werden immer noch mehr Stunden unbezahlt gearbeitet als bezahlt. Mehr als 70% dieser Leistungen werden von Frauen erbracht. Wenn auch über ihre Berechnungsweise<sup>7</sup> gestritten werden kann, die Grössenordnung der wirtschaftlichen Bedeutung der Hausarbeit ist enorm.

Es gibt bekanntlich zwei entscheidende Fakten: Erstens sind Erwerbsarbeit und Gratisarbeit asymmetrisch zwischen Männern und Frauen verteilt; und zweitens arbeiten Frauen länger als Männer. Das Nord-Süd-Gefälle liegt, so das Fazit einer UNDP-Berechnung, sowohl für Männer als auch für Frauen wesentlich in der unterschiedlichen Länge der bezahlten und unbezahlten Arbeitszeit einerseits und in der Höhe der Bezahlung andererseits. Gemeinsam für Nord und Süd ist jedoch, dass Frauen nur für rund ein Drittel, und Männer für mindestens zwei Drittel der gesamten Arbeitszeit bezahlt werden.<sup>8</sup> Frauen sind demnach arbeitsüberlastet und leiden an Geldmangel. Der Anteil der Frauen an der "armen" Bevölkerung – wie auch immer die Definition von "arm" sein mag – ist überproportional hoch.

Die soziale Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen funktioniert wie eine gigantische Einkommens-Umverteilungsmaschine. So kostete beispielsweise den erwerbstätigen Frauen in der Schweiz 1992 die Benachteiligung am Arbeitsmarkt rund 21 Mrd. Franken pro Jahr, was immerhin knapp dem Dreifachen der Unternehmenssteuern, die an Bund, Kantone und Ge-

meinden bezahlt werden, entspricht.<sup>9</sup> Wenn wir annehmen, die Frauen würden gleich viel Hausarbeit gratis leisten wie die Männer und der Rest würde ihnen bezahlt, dann stünde ihnen auf Grund der BIP-Berechnungen von Deutschland zusätzlich ein Einkommen von 50 Mrd. Franken zu, was den gesamten Einkommens- und Vermögenssteuern von Bund, Kantonen und Gemeinden entspricht. Zusammengezählt (70 Mrd. Franken) entspricht diese Finanzierungslücke, die Frauen gegenüber Männern haben, etwa den gesamten Ausgaben für Sozialversicherungen (Krankenkasse, AHV, Arbeitslosenversicherungen etc.).

Müssten die Männer dieses Mehr an Gratisarbeit aus ihrer Lohntüte entgelten, fiel 35% ihres Lohnes weg. Hinzu käme dann noch ihre gleichberechtigte Beteiligung am Haushaltsbudget. Gäbe es keine geschlechtsspezifische Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und wäre alle Zusatzgratisarbeit bezahlt, dann würde sich die Einkommenssumme der Frauen mindestens verdoppeln. Die Gewinne der UnternehmerInnen wären beträchtlich kleiner und Männer hätten wesentlich weniger Geld zur Verfügung als jetzt. Umgekehrt gäbe es schlimmstenfalls nur noch eine kleine Minderheit von Frauen, die finanziell auf Männer angewiesen wären. Der Einkommens- und Machtverlust der Männer wäre also enorm. Im gängigen makroökonomischen Jargon liesse sich formulieren: Wäre nicht ein Teil der Kosten des Überlebens von Gesellschaften auf Kosten der Frauen externalisiert, dann bliebe von der wirtschaftlichen Akkumulation nicht mehr viel übrig. Die ganze gesellschaftswirtschaftlichen Produktivitäts- und Effizienzrechnungen würden bei einer Internalisierung dieser Kosten ziemlich anders aussehen. Die Aufrechterhaltung eines minimalen Lebensstandards unterer Einkommenschichten hängt folglich wesentlich von der Gratisarbeit von Frauen im Haushalt ab. Hinzu kommt noch die Niedriglohnarbeit in Wirtschaftsbereichen, die auf EndnachfragerInnen ausgerichtet sind (Verkauf, Tourismus, Gastgewerbe, Landwirtschaft, Textilindustrie etc.). In diesen Bereichen sind wiederum überproportional stark Frauen erwerbstätig.

Wenn auch gesamthaft gesehen die Familienarbeit für Frauen viel mehr Einbussen an Einkommen bedeutet als durch die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt, so ist diese, wie schon oben erwähnt, empörend gross. In der Schweiz gibt es eine *massive Unterschichtung* der Arbeitsmärkte durch Frauen generell und in kleinerem Ausmass durch Männer mit ausländischen Pässen. So haben Männer mit Schweizer Pass 1994 nur noch *einen Drittel* der Vollzeit- und Teilzeitarbeitsstellen "ohne Vorgesetztenfunktion" inne gehabt. Über die Hälfte dieser Stellen sind von Frauen besetzt, zu 42% von Frauen mit Schweizer Pass, zu 11% von Frauen mit ausländischem Pass. Die Mehrheit der erwerbstätigen Männer (52%) mit Schweizer Pass sind entweder als Selbständigerwerbende oder als Angestellte in Direktions- oder Vorgesetztenfunktion tätig. Die entsprechende Zahl für Männer mit ausländischem Pass beläuft sich auf 40%, für Frauen mit Schweizer Pass 27%, für Frauen mit ausländischem Pass 22%. Entsprechend sieht es auch mit den Löhnen aus: Die Hälfte der voll-erwerbstätigen Männer mit Schweizer Pass verdient einen jährlichen Bruttolohn von über 75'300.- (der Median), die

Hälfte der Männer mit ausländischem Pass über 60'800.–. Die Hälfte der voll-erwerb-stätigen Frauen mit Schweizer Pass verdient jedoch jährlich unter Fr. 54'000.- und die Hälfte der Frauen mit ausländischem Pass gar unter Fr. 45'500.-. Sogar der Median für den Bruttolohn von Männern mit Grundschulausbildung liegt noch höher als derjenige für alle voll-erwerb-stätigen Schweizerinnen!<sup>10</sup> Weit weniger als die Hälfte der Frauen dürften heute in der Schweiz in der Lage sein, für sich und ein Kind ein existenzsicherndes Einkommen verdienen zu können. Aus Frauensicht gibt es also wenig Grund, den Status quo zu verteidigen – offensichtlich mehr Grund dazu gibt es aus Männersicht!

Heute ist aber noch eine weitere, ebenfalls weltweite Tendenz festzustellen: Nicht nur verrichten Frauen immer noch den Grossteil der Gratisarbeit, sie sind zunehmend auch für den finanziellen Unterhalt der Familienhaushalte zuständig. So hat eine kürzlich veröffentlichte Studie über fünf EU-Länder gezeigt, dass bereits die Mehrheit (60%) der erwerb-stätigen (inklusive Teilzeitarbeit!) Frauen für die Hälfte und mehr des Haushaltseinkommens aufkommen.<sup>11</sup> In den USA haben beispielsweise 1977-90 insgesamt 60% der Bevölkerung an Realeinkommen verloren, für weitere 20% stagnierte es. Die Zahlen wären weitaus schlimmer, wenn nicht Frauen mit Kindern vermehrt berufstätig geworden wären und Einkommenseinbussen von Familien kompensiert hätten. Der Erwerbsarbeitseinsatz der Frauen hat in der gleichen Zeit etwa um 30% zugenommen.<sup>12</sup> Dieser scheint weltweit stark zuzunehmen (ausser in den ex-sozialistischen Länder), meist zu Niedrigstlöhnen und deregulierten Bedingungen.<sup>13</sup>

Der Erwerbszwang für Frauen nimmt also zu. Gleichzeitig gehören heute, wie Umfragen immer wieder zeigen, eine persönliche finanzielle Unabhängigkeit und ein Minimum an Erwerb-stätigkeit zu den zentralen Anliegen von Frauen.<sup>14</sup> Wenn die Geldfrage nicht anders als bisher geregelt wird, beispielsweise durch Bezahlung von Erziehungsarbeit, dann bleibt Frauen nichts anderes übrig, als jede denkbar mögliche Gelegenheit auf den Erwerbsarbeitsmärkten zu ergreifen. Wird die Erwerbsarbeitszeit nicht massiv verkürzt und Erwerbsarbeit für alle zugänglich gemacht, dann bleibt Frauen nur die Chance, billiger und tüchtiger zu sein als Männer. Der Geschlechterkampf auf den Arbeitsmärkten dürfte also härter werden, es sei denn, der chronische Geldmangel von Frauen würde auf andere Weise behoben oder mindestens vermindert. Entscheidend aus Frauensicht ist auf jeden Fall die Feststellung, dass die Koppelung des persönlichen Einkommens allein mit (bisheriger) Erwerbsarbeit sehr problematisch ist.

### **Zeitlogiken und Selbstverwirklichungswünsche**

Die standardisierten 40- bis 50-jährigen Vollzeiterwerbsbiographien von Männern und die damit verbundenen Leistungs- und Qualifikationsbewertungen sowie Qualifikationsrhythmen gelten nicht mehr vorwiegend als Ideal für die Emanzipation von Frauen, sondern als deren Hindernis. Es geht demnach nicht einfach um die Frage, welche Bedingungen geschaffen

werden müssen, dass Frauen so wie die Männer voll erwerbstätig sein können, sondern umgekehrt: Wie können die Erwerbsarbeitsbedingungen so umgekrempelt werden, dass Frauen Familien- und Berufsarbeit miteinander verbinden und gleichzeitig beruflich die gleichen Chancen haben wie Männer. Die Realität der Mehrheit von Frauen ist im Gegensatz (in der Schweiz vorläufig jedenfalls noch) zu derjenigen der Männer durch vielfältige, im Verlauf der Lebenszeit variierende Lebens- und Arbeitssituationen gekennzeichnet. Umfragen zeigen immer wieder, dass Frauen erstens wesentlich kürzere Erwerbszeiten wünschen als die bisherigen, vorausgesetzt ein minimales Einkommensniveau wird erreicht.<sup>15</sup> Zweitens schreiben sie der Erwerbsarbeit allein weniger Selbstverwirklichungseffekt zu als der Kombination von Berufs- und Familienarbeit (in welcher Form auch immer), die im Verlauf des Lebens möglichst flexibel sein sollte. Und da liegt eines der Dilemmata der heutigen männerdominierten Gewerkschafts- und Parteienpolitik: Die Lebensentwürfe von Frauen und Männern lassen sich nicht so einfach unter einen Hut bringen – und damit auch nicht deren politische Forderungen.

Eine genauere Analyse einer kürzlich veröffentlichten Zeitbudgetanalyse in Österreich<sup>16</sup> zeigt folgendes:

- Gesamthaft gesehen wird in Haushalten/in Familien mehr Stunden gearbeitet als im Erwerbsarbeitsbereich (inkl. Arbeitswegzeiten!). Männer (alle Zahlen gelten für Personen ab 19 Jahren) engagieren sich für Beruf und Familie im Verhältnis 70:30, Frauen umgekehrt im Verhältnis 31:69.
- Pro Person gerechnet liegt der Aufwand der Frauen bei 72% der gesamten Familienarbeit, für Männer bei 28%. Da es mehr erwachsene Frauen als Männer gibt, liegt der Anteil aller Frauen an der gesamten Gratisarbeit höher als diese 72%.
- Pro Tag arbeiten erwerbstätige Männer eine ganze Stunde weniger als erwerbstätige Frauen, pro Woche macht das fast einen ganzen Vollerwerbsarbeitstag aus, nämlich 7 Stunden! Alle Männer über 19 Jahren verbringen durchschnittlich pro Woche nur eineinhalb Stunden weniger vor dem Fernsehen als mit Hausarbeiten.
- In Haushalten mit Kindern und erwerbstätigen Frauen beteiligen sich Männer überproportional am Einkaufen, Gärtnern und Handwerken, während ihre Beteiligung an der *täglichen kontinuierlichen* Arbeit des Kochens, Kinderbetreuens und Putzens nach wie vor knapp bei 10% liegt. Frauen, die mit Mann und Kindern zusammenleben, leisten demnach, auch wenn sie erwerbstätig sind, immer noch 90 % dieser Arbeit. Der entscheidende Punkt daran ist, dass es sich um Arbeiten handelt, die nicht beliebig flexibilisierbar und beliebig auf Erwerbsarbeits- und Berufskarriereanforderungen abstimmbare sind. Und genau diese Arbeiten werden vorwiegend von Frauen verrichtet. Bei der Beziehungs- und Versorgungsarbeit gibt es unumgängliche wöchentliche und saisonale Arbeitsrhythmen (z.B. bei Schulferien für Kinder). Hungrige Kinder oder kranke Menschen können beispielsweise nicht zwischengelagert werden, einfach weil der Artikel noch nicht geschrieben ist, oder die Börse gerade vor einem historischen

Crash steht. Und es gibt auch über Jahre dauernde unentrinnbare Zeitlogiken: Das Aufziehen von Kleinkindern ist sehr arbeitsintensiv, auch wenn es Kinderkrippen gibt. Hat es im Haushalt von Frau und Mann mindestens ein Kind unter 6 Jahren, so wenden Männer laut dieser österreichischen Zeitbudgetanalyse werktags von Montag bis Freitag für das Kind, *unabhängig davon, ob die Frau voll-, teilzeit oder überhaupt nicht erwerbstätig ist*, gleich wenig Zeit auf, nämlich pro Tag ganze 25 Minuten! Nur am Wochenende variiert der väterliche Zeitaufwand um etwa eine Stunde insgesamt.

Übrigens: Der gesamte Arbeitsaufwand für alleinstehende erwerbstätige Mütter ist laut dieser österreichischen Zeitbudgetuntersuchung kleiner als für erwerbstätige Frauen mit Kindern, die mit einem Mann zusammen wohnen! Arbeitsmässig sind männliche Partner im gleichen Haushalt eine Belastung für die Frauen,<sup>17</sup> während sie immer noch, wenn auch in abnehmendem Mass, in finanzieller Hinsicht eine Entlastung sind.

Die Tatsache der eigenen Zeitlogik der Familienarbeit, kombiniert mit der Entwicklung, dass Frauen unaufhaltbar auf die Arbeitsmärkte drängen, führt unter den heutigen Bedingungen zu einer eigenen Dynamik: Frauen nehmen diejenige Erwerbsarbeiten an, die a) ihnen überhaupt zugänglich und b) möglichst zu Teilzeitbedingungen offenstehen. Diese klare Nachfrage trifft auf das Angebot der nur allzu flexibilisierungs- und deregulierungswilligen Unternehmer. Die Frage ist nicht mehr, ob diese Tendenz aufhaltbar ist, sondern vielmehr, was mit ihr politisch gemacht wird. Eine Gewerkschaftspolitik, die nicht am Faktum anknüpft, dass Frauen auf Teilzeitarbeitsmärkte drängen, ob sie nun dereguliert sind oder nicht, ist meiner Ansicht nach von vornherein zum Scheitern verurteilt. Allerdings können daraus verschiedene politische Schlüsse gezogen werden. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn diese Tatsachen als Ausgangspunkte der Arbeitszeitpolitikdebatte klar wären.

Gegenwärtig wird den Frauen die Quadratur des Kreises zugemutet: Nicht nur müssen sie flexibel und aufmerksam den unterschiedlichsten Zeitbedürfnissen von Familienangehörigen und LebenspartnerInnen genügen, sondern auch ebenso bereitwillig irgendwelchen Erwerbsarbeitsrhythmen, die noch nie auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet gewesen sind, nachkommen.<sup>18</sup> Untersuchungen aus Deutschland und England lassen vermuten, dass die Frauen, vor allem gut ausgebildete, auf diese Situation so reagieren, dass ein wachsender Teil von ihnen auf Kinder verzichten. Sowohl Löhne als auch Berufskarrieren sind für Frauen wesentlich davon abhängig, ob sie Kinder haben, während dies gegenwärtig für die Männer nicht der Fall ist, ganz im Gegenteil.<sup>19</sup>

Die Flexibilitäten, wie sie heute von UnternehmerInnen gewünscht werden, ist nicht identisch mit den Flexibilitätsbedürfnissen von Frauen.<sup>20</sup> Aber in der Schweiz kommt sie vielleicht besser den Erwerbsarbeitswünschen vieler Frauen entgegen als die bisherigen rigiden Vollerwerbsarbeitszeiten, kombiniert mit fehlenden öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und Männern, die auf ihren beruflichen Privilegien als auch auf ihrer reaktionären

Untätigkeit im Familienarbeitsbereich beharren.

Natürlich käme eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf dreissig Stunden und darunter den Erwerbsarbeitswünschen von Frauen sehr entgegen. Es wäre für die Berufschancen von Frauen besser als eine Teilzeitarbeitsregelung bei immer noch hohen Erwerbsarbeitszeiten. Nur kommt hier realpolitisch gesehen ein Zeitelement ins Spiel: Angesichts der oben beschriebenen Dynamik weiblicher Erwerbsarbeit scheint es mir dringend notwendig zu sein, sehr schnell ein Minimum von Regelungen (Sozialversicherungen, Arbeitsverträge) für die bisher deregulierten Teilzeitarbeitsbereiche zu finden.

Gleichzeitig frage ich mich, ob es je politisch möglich sein wird, genügend flexible und trotzdem gesicherte Arbeitsplatzverhältnisse durchzusetzen. Die Struktur der Arbeitsmärkte ist wesentlich durch ein Machtgefälle zwischen UnternehmerInnen und Lohnabhängigen gekennzeichnet. Je flexibler und international verflochtener die Arbeitsmärkte sind, desto schwieriger ist die Einhaltung von Regelungen durchzusetzen, welche die Erwerbsabhängigen schützen. Die UnternehmerInnen nutzen bekanntlich jede Möglichkeit, Lohnkosten zu senken, weil es, jedenfalls kurzfristig, die einfachste Möglichkeit ist, Betriebskosten zu reduzieren. Deshalb bestehen heute Gewerkschaften auf standardisierten Regelungen. Es gibt zwei Arten von einfachen, standardisierten Forderungen, deren Wirksamkeit ja auch davon abhängt, dass sie für möglichst viele Menschen gelten: Erwerbsarbeitszeitverkürzung für alle und ein garantiertes Minimaleinkommen für alle,<sup>21</sup> sozusagen als Grundstrukturen, um die herum andere Regelungen gebaut werden könnten.

Die Lohnhierarchie ist heutzutage sehr gross und die tiefsten Löhne sind sehr tief. Es würde auch bei einer Umverteilung von Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung immer noch viele Menschen mit sehr niedrigen Erwerbseinkommen geben, und dazu würden bestimmt viele Frauen und ImmigrantInnen gehören. Aus Frauensicht ist zudem die Koppelung von Arbeitsleistung und Einkommen schon immer weitgehend eine Fiktion, sozusagen eine Lebenslüge von Männern gewesen.

Deshalb ist es nicht überraschend, dass viele Frauen der Garantie eines existenzsichernden Minimaleinkommens mindestens soviel Sympathien entgegenbringen wie Massnahmen, die sich um die Umverteilung von Erwerbsarbeit oder Bezahlung bisher unbezahlter Leistungen drehen. An dieser Stelle sei kurz darauf hingewiesen, dass viele Frauen (und vermutlich auch Männer) andere Vorstellungen über Bezahlungsrationalität haben, als was die Lohnstrukturen in Realität an Arbeitsbewertung und Entgeltungsformen zulassen. Ich halte von neuen Erwerbsarbeitsmodellen, die nichts an der *Logik* der Lohnstrukturen ändern, wenig. Meiner Ansicht nach ist diese heute wesentlich vom Überlebenszwang, Geld zu haben, geprägt. Zudem halte ich die Entkoppelung von einem Recht auf Unterhaltszahlungen, die mir überhaupt das bezahlte und unbezahlte Arbeiten ermöglichen, für die wichtigste Voraussetzung dafür, dass überhaupt alternative Lebens- und Arbeitsformen möglich sind. Alle diese Gründe sprechen für die Einführung eines garantierten Minimaleinkommens.

## **Hausarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit – die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Anerkennung von Hausarbeit**

Hausfrauenarbeit wurde aber nicht nur als geschlechtsspezifisch, direkt und indirekt ausgebeutete Arbeit unter patriarchal-kapitalistischen Verhältnissen analysiert, von denen alle Männer qua Geschlecht mehr oder weniger profitieren, sondern auch als gesellschaftlich notwendige. Gesellschaften ohne Aufziehen von Kindern, ohne Versorgungs- und Beziehungsarbeit für alle Menschen können nicht existieren. Damit wurde von feministischen Theoretikerinnen die Frage nach der Ökonomie des Reichtums und der Wohlfahrt einer Gesellschaft neu gestellt. Die Debatten und Kontroversen um diese Fragen beginnen, wie die verschiedenen UNO-Konferenzen und entwicklungspolitischen Debatten von Frauennetzwerken der 90er Jahre zeigen, erst jetzt so richtig.<sup>22</sup>

Dass der *makroökonomische Stellenwert der Hausarbeit enorm* ist, das zeigen die oben angegebenen Zahlen deutlich. Wer Wirtschaftspolitik denken und betreiben und vor allem Modelle zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen unterbreiten will, ohne die Hausarbeit mit in Betracht zu ziehen, denkt an den Realitäten der Frauen vorbei. Weltweit stellt sich in Kombination mit dem informellen Sektor, der in den Ländern Lateinamerikas beispielsweise über 50% der BIP ausmacht, die Frage noch viel grundsätzlicher. Die heute gängigen makroökonomischen Theorien, seien sie neoklassisch oder linkskeynesianisch, können, falls überhaupt, nur sehr partiell gültige Wirtschaftstheorien liefern, die sich, wenn wir die gesamte Arbeitszeit der Menschen betrachten, weltweit nicht einmal auf einen Viertel des effektiven Wirtschaftens umfassen dürften. Aus feministischer Sicht besteht ein riesiges Analysedefizit in bezug auf die anderen drei Viertel des Wirtschaftens und ihren *ökonomischen Verknüpfungen* mit dem formellen Erwerbsektor.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass im Vergleich zur Familienarbeit die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit relativ wenig ausmacht: In Arbeitsstunden gemessen dürfte sie, stellen wir auf Untersuchungen in Österreich ab,<sup>23</sup> nur einen Bruchteil – einen Zwanzigstel bis Zehntel – der gesamten Hausarbeitszeit oder Erwerbsarbeitszeit ausmachen. Diese scheinbar kleine Größenordnung bewegt sich trotzdem in solchen ganzer Wirtschaftsbranchen, in der Schweiz etwa der Metallindustrie. Vorschläge, die zur Lösung der Probleme der Erwerbsarbeitslosigkeit auf das Wachstum des gemeinwirtschaftlichen „Dritten Sektors“ hoffen,<sup>24</sup> tragen deshalb wenig zur Frage der Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen Männern und Frauen bei. Wie zudem die Zeitbudgetanalyse aus Österreich zeigt, sind es effektiv wenig Personen, die, pro aktive Person, relativ viel Zeit für freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten aufwenden – im Durchschnitt mehrere Stunden pro Wochen. Aber genauere Gesamtzahlen für diese Art von gemeinschaftsorientierter, für jede soziale Demokratie unerlässliche Gratisarbeit gibt es nicht. Es sei hier darauf hingewiesen, dass auch hier eine soziale Arbeitsteilung existiert: Frauen machen vor allem die Freiwilligenarbeit (soziale Arbeit), Männer vor allem die prestige- und sitzungsträchtigere, sog. ehrenamtliche.

Für viele Frauen gibt es nicht nur eine Geldmangelfrage, sondern auch eine Frage des sozialen und gesellschaftspolitischen Verantwortungsbewusstseins. Sie wissen, dass es gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt, deren Unterlassung schwerwiegende soziale Folgen haben. Und sie tun sie. Ein wichtiger Teil dieser überlebensnotwendigen Tätigkeiten wurden bis jetzt nicht via Erwerbstätigkeit gesellschaftlich abgesichert, sondern über die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und den mit ihr verbundenen patriarchalen Herrschaftsverhältnissen. Eine Frage stellt sich ganz besonders: Wenn es nicht wie bisher weitergehen soll – wie dann?

Die Argumente, die an einer Kapitalismus- und Ausbeutungskritik anknüpfen, stossen innerhalb der Linken noch am ehesten auf Akzeptanz. Zudem ist es relativ einfach, diesen Aspekt in Milliarden Franken und Minuten zu quantifizieren. In bezug auf die Anerkennung der Familienarbeit als gesellschaftlich relevante Arbeit mit eigenen Zeit-, Arbeits- und Kapitallogiken wird es in der Auseinandersetzung schon ziemlich schwieriger. Letztlich geht es um folgende Frage: Soll die Erwerbsarbeit als das Eigentliche des gesellschaftlichen Reichtums angesehen werden und die Hausarbeit als eine (Reproduktions-)Tätigkeit in Funktion der Erwerbsarbeit (der Produktion, der Mehrwertschöpfung etc.)? Oder soll prinzipiell von einem Nebeneinander der beiden riesigen Wirtschaftssektoren Hausarbeit und Erwerbsarbeit ausgegangen werden, die als Gesamtes mit neuen Begrifflichkeiten untersucht werden müssten? So theoretisch die Frage zu sein scheint, ihre Beantwortung hat politische Konsequenzen. So gibt es beispielsweise unterschiedliche Positionen in dieser Frage bei der AHV-Revisionsdebatte:<sup>25</sup> Die einen wollen beispielsweise die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bei der AHV als Erwerb ersatzbonus, als Entschädigung für die *entgangene Erwerbsarbeit*, sehen, die andern als fiktive Berechnung für die Bezahlung der für die Gesellschaft *erbrachten Leistung*, die für eine Erhöhung der AHV berechtigt und möglicherweise auch einmal real bezahlt werden könnte. Ähnlich stellt sich das Problem der Einschätzung bei der Mutterschaftsversicherung.<sup>26</sup>

Die einfachste Variante, der Familienarbeit zu gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Relevanz zu verhelfen, wäre, sie zu bezahlen. Wer der Meinung ist, Erwerbsarbeit respektive die Koppelung von der Leistung gesellschaftlich notwendiger Arbeit mit Geldeinkommen sei für den Zusammenhalt von Gesellschaften und das Selbstwertgefühl von Menschen wichtig, müsste logischerweise für die adäquate Bezahlung von Hausarbeit plädieren. Ich will hier nicht genauer darauf eingehen, was bezahlt werden soll.<sup>27</sup> Eines scheint mir klar zu sein: Die Höhe der Bezahlung muss derjenigen der Bezahlung im formellen Erwerbsektor entsprechen. Sonst entsteht einfach ein deregulierter Niedrigstlohnarbeitsmarkt mehr. Wenn dies nicht möglich ist, müsste nur ein Teil von klar angewiesenen Tätigkeiten bezahlt werden.

Ich selbst bin für die Bezahlung von Erziehungs- und Pflegearbeit aus einem andern Grund: Es geht um pflege- und versorgungsabhängige Menschen, welche die tägliche Versorgungsarbeit für sich selbst nicht tun

können. Sie müssen ein Grundrecht haben, dass dies für sie getan wird – in Zusammenhängen, die sie wählen können. Es geht hier um die Zeitdimension von persönlicher Abhängigkeit und Tauschverhältnissen zusammenlebender Personen in sehr mobilen Gesellschaften. Eine erwachsene Person kann ihre Wäsche selbst waschen und wegräumen oder, wenn ich es tun würde, eine Gegenleistung erbringen oder mich dafür bezahlen. Aber ein Kind kann sich, besonders wenn es klein ist, nicht selber aufziehen und mich aus eigener Kasse auch nicht direkt bezahlen. Und bettlägerige Kranke können sich nicht selbst pflegen und, wenn es nicht entsprechend geregelt ist, meine Versorgungs- und Pflegeleistungen nicht adäquat bezahlen.

Mein Sohn ist im Vorschulalter in einer afrikanischen Grossstadt aufgewachsen. Wenn er jeweils sauer auf mich war und das Gefühl hatte, ich hätte ihn besonders ungerecht behandelt, drohte er mir: “Wenn du alt bist, werde ich nicht für dich fischen und Süsskartoffeln pflanzen.” Abgesehen von den Bildern, die nicht mehr gerade den städtischen Verhältnissen angepasst waren, hatte der kleine Junge die Vorstellung von einem jahrzehntelang geltenden gegenseitigen Dienstleistungs- und Beziehungsvertrags: Ich behandle ihn jetzt gut und fair, solange er auf meine Fürsorge angewiesen ist – und er lässt mich nicht verhungern, wenn ich auf seine Fürsorge angewiesen bin. Heute sind bei uns angesichts der hohen Mobilität und der aufgelösten Clanstrukturen, in denen generationenübergreifende (oft frauenausbeuterische) Reziprozitätssysteme existierten, so langfristige Reziprozitätsverträge als generelles Prinzip zwischen einzelnen Personen nicht mehr realistisch. Bezahlung heisst ja auch, dass in der Gegenwart der Tauschhandel abgeschlossen werden kann ohne weitere Beziehungsverpflichtungen. Neoliberale Ökonomen wie der Nobelpreisträger Gary S. Becker möchten nun das Rad der Geschichte zurückdrehen und eine Reziprozität nur noch zwischen den Generationen innerhalb der Familien wieder herstellen.<sup>28</sup>

### **Neue Zwangsverhältnisse**

Die gängigen wirtschaftstheoretischen Konzepte der Externalisierung sozialer Kosten sind zwar sehr nützlich bei der Berechnung dieser Kosten. Sie sagen aber nichts darüber aus, *wie* sie externalisiert werden, oder aus der Sicht derjenigen formuliert, welche die externalisierten Kosten zu tragen haben, *wie* ausgebeutet wird.

Beim Idealtypus der rechtlich und staatlich lange Zeit mehrfach abgesicherten “Ernährerehe”, die in Realität immer nur beschränkt existiert hat, aber als Prinzip äusserst wirksam war, kommt der Ehemann als Hauptverdiener im wesentlichen für den finanziellen Unterhalt der Familie auf und hat dafür das Recht, über die ganze Person als Ehefrau zu verfügen. Er hat ein 24-Stunden-Kontrolle über ihre Tätigkeiten als Haushälterin, Mutter, Pflegerin von kranken Angehörigen, Freundin und Sexpartnerin. Müssen die Männer diese Tätigkeiten als reguläre Arbeit zusätzlich zum Unterhalt der Familie bezahlen, würden die Erwerbseinkommen, wie schon oben beschrieben, kaum ausreichen. Aus seiner Sicht sind die Haushaltsausgaben Kosten seines

Selbstverwirklichungsprojekts als Ehemann, dem Frau und Kind gehören. Er meint, er bezahle für die Hausfrau.

Aus der Sicht der Hausfrau ist jedoch ein grosser Teil des Budgets eine Betriebsinvestition, die es ihr überhaupt erst *ermöglicht*, Güter wie Mahlzeiten zu produzieren und persönliche Dienstleistungen zu erbringen. So wie Unternehmer Rohstoffe, Know-how, Organisationsstrukturen, Fabrikhallen und Maschinen kaufen erhalten und erneuern müssen, braucht es als Voraussetzung für Hausfrauenarbeit ein Obdach, Nahrungsmittel, Energiequellen etc. In *jedem Produktions- und Dienstleistungsprozess* gibt es eine *Arbeits- und Kapitalfrage*. Bei der letzteren handelt es sich um die Frage, wer die Verfügungsgewalt (via Eigentums- oder anderen Kontrollverhältnissen) über die für die Produktion notwendigen Produktionsmittel, Organisations-, und natürlichen Ressourcen verfügt.

Die Schwäche der feministischen Debatte über den Arbeitsbegriff und unbezahlte Arbeit liegt an der mangelnden Unterscheidung zwischen Arbeit und Kapitalkosten.<sup>29</sup> Von daher kommt möglicherweise die Begriffsverwirrung um Reproduktions- und Versorgungsarbeit, Produktion des Lebens, Beziehungsarbeit und Subsistenzproduktion. Das Haushaltsbudget deckt im wesentlichen nur (nicht ausschliesslich) die *Subsistenzkapitalkosten* (Unterhalt), nicht aber die *Subsistenzarbeitskosten*.<sup>30</sup> Männer scheinen zunehmend weniger für diese Unterhaltskosten aufzukommen – und der Finanzierungsanteil der Frauen steigt. Heute findet für Frauen eine direkte Verknüpfung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und deren Integration in den Markt statt, die genauer analysiert werden müsste. Wesentlich für diese Verknüpfung dürfte für Frauen die oben beschriebene Zeitlogik der Familienarbeit sein, die zusammen mit dem Zwang, zunehmend für Subsistenzkapitalkosten aufzukommen und dem Bedürfnis, erwerbstätig und finanziell unabhängig zu sein, zur neuen Kombination von Hausfrau und Erwerbstätiger mit niedrigem Einkommen führt.

Aber es sind noch Ansätze zu weiteren Tendenzen festzustellen:

a) Immer mehr werden staatliche Unterhaltszahlungen an ausgesteuerte Arbeitslose und Fürsorgeabhängige an zu erbringenden Arbeiten für “die Gemeinschaft” geknüpft. Die Essenz dieser Regelung beruht wie die patriarchale Ernährerehe auf einem ungleichen Tauschverhältnis, diesmal zwischen Gesellschaft, repräsentiert durch den Sozialstaat, und denjenigen, die aus irgendwelchen Gründen selbst nicht für die Bezahlung von Unterhaltskosten (Mieten!) aufkommen können. Es werden nicht Leistungen nach marktüblichen Preisen entgolten, sondern der Unterhalt der Lebens- und Infrastrukturkosten bezahlt, der aber an das Erbringen einer Arbeitsleistung gekoppelt ist.

b) Andere Regelungen, die in eine ähnliche Richtung gehen, knüpfen an der Pflege- und Betreuungsabhängigkeit von Kindern und Kranken an. Anstelle von öffentlichen Kinderkrippen werden viermal billigere Tagesmüttervarianten gefördert oder Erziehungsgelder an Mütter bezahlt, die wesentlich tiefer liegen, als die Kinderbetreuungsarbeit in Kindertagesstätten effektiv kosten würde. Ähnliche Entwicklungen sind im Pflegebereich zu finden. So

wird in Deutschland für die Pflege von Angehörigen zu Hause ein monatlicher Beitrag von DM 1800.- entrichtet, der in keiner Weise den Leistungen, die mit dieser Pflegearbeit verbunden sind, entspricht. In der Praxis läuft dieser Bonus auf ein existenzsubsistenzsicherndes Minimaleinkommen hinaus, gekoppelt mit einer sehr weitgehenden Arbeitsleistung für andere. Es ist klar, dass durch die Möglichkeit, etwas Geld durch die Pflege von Angehörigen zu verdienen, der Druck auf die Frauen steigt, dies auch zu tun, anstatt sie in lieb- und würdelose Billigstpflegeheime abzuschicken. Dass diese Regelung sich vor allem zu Lasten der Frauen entwickelt, seien es Angehörige oder immigrierte Schwarzarbeiterinnen, wird in Kauf genommen.

c) Alleinstehende Mütter scheinen zudem gegenwärtig beliebte Angriffsziele für die öffentliche Thematisierung sozialen Zerfalls und zur Demonstration staatsmännischer Härte zu sein. In den USA steht ein Gesetz zur Diskussion, das vorsieht, staatliche Unterhaltszahlungen an alleinstehende Mütter an die Bedingung zu knüpfen, dass sie nicht wieder schwanger werden dürfen und erwerbsarbeiten gehen.

d) Etwas anders ist die Lage in Österreich. Da werden neuerdings Unterstützungszahlungen an die alleinstehenden Mütter gekürzt, wenn sie nicht angeben, wer der Vater des Kindes ist. In eine ähnliche Richtung läuft hierzulande (Aargau) der Versuch, den Staat zur Eintreibung von Fürsorgezahlungen bei Familienangehörigen und Verwandten zu verpflichten.

Erwerbsarbeitslosigkeit, Deregulierung der Arbeitsmärkte und Sozialstaatsabbau führen zu neuen Regulierungen, zu einer Neukombination von Elementen, die schon immer zum Arsenal von Wirtschafts- und Sozialkrisenregelungen des Kapitalismus gehört haben. Die Regelungen zielen einerseits auf die Stärkung der patriarchalen Familienstrukturen und sozialer Verpflichtungen von Frauen. Der Zeitaufwand andererseits, um zu Geld zu kommen, steigt. Ein Element, das bedenklich an koloniale Wirtschaftsstrukturen erinnert, bekommt einen ungeahnten Aufschwung: die staatliche Verpflichtung zu Arbeit ohne Lohn.

Im kolonialen Moçambique wurden die AfrikanerInnen durch Kopfsteuern dazu gezwungen, Geld zu verdienen. Konnten sie die Steuern nicht bezahlen, wurden sie entweder zu Zwangsarbeit im Strassen- und Eisenbahnbau abbeordert oder mussten auf Plantagen oder bei anderen Unternehmen strafarbeiten. Sie bekamen ein minimales Entgelt bezahlt, das im Glücksfall nach mehrmonatiger Schufterei dazu ausreichte, die fälligen Steuern zu bezahlen. Um die Steuern bezahlen zu können, zogen es dann die meisten Bauern vor, zeitweise in die Goldminen nach Südafrika erwerbsarbeiten zu gehen. Diese bezahlten zwar ebenfalls miserabel, aber doch ein bisschen mehr, als was zum Bezahlen der Steuern gebraucht wurde.

Mit diesem Beispiel wird auf wirtschaftliche Prozesse hingewiesen, die typisch dafür sind, was Marx "ursprüngliche Akkumulation" genannt hat. Im Unterschied zum Fall Moçambique brauchen wir hierzulande Geld als Voraussetzung, dass wir überhaupt leben und arbeiten können. Wir müssen nicht mehr durch Steuern dazu gezwungen werden, erwerbstätig zu werden.

Wenn nun angesichts von Erwerbsarbeitslosigkeit Modelle vorgeschlagen werden, nach denen die Bezahlung der Subsistenzkapitalkosten – so wie bei a) und b) oben – an eine nicht den Marktverhältnissen adäquat bezahlte Leistung geknüpft werden, dann droht das auf eine Wiedereinführung von Zwangsarbeitsverhältnissen wie zu Kolonialzeiten mit allen ihren ökonomischen *und politischen* Konsequenzen hinauszulaufen. Mehrere Vorschläge gehen heute in diese Richtung.<sup>31</sup> So positiv ich es beispielsweise finde, dass eine SPS-Arbeitsgruppe<sup>32</sup> mit ihrem Vorschlag zur Arbeitszeitverkürzung und Lenkungsabgaben überhaupt die Umordnung der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zur wirtschaftspolitischen Diskussion stellt, so problematisch finde ich ihr Konzept eines Arbeitsmixbonus,<sup>33</sup> welches die Aufstockung von Einkommen mit Leistungen im Erwerbsarbeits- und Nichterwerbsarbeitsbereich koppelt. Ich halte diese makroökonomische Weichenstellung für gefährlich und befürchte, dass dabei die Rolle des Staates als Herrschaftsapparat unterschätzt wird. Die Frage, welche gesellschaftspolitischen Implikationen die Verbindung von unbezahlten Arbeitsleistungen mit Überlebenspauschalen haben, sollte dringend genauer untersucht werden.

Die kapitalistische Ökonomie bestand schon immer aus einer diffusen und wechselhaften Mischung von Konzentration des Eigentums an und der Verfügungsgewalt über Kapital, von staatlichen Massnahmen und Marktregelungen, von Ausübung staatlicher und privater Gewalt und Erpressung durch Geldmangel. Eine feministische Ökonomie muss an der Frage der Erpressbarkeit von Menschen, insbesondere von Frauen, am Problem überlebensnotwendiger Arbeit und der zeitweiligen Abhängigkeit aller Personen von der Fürsorge anderer anknüpfen. Vielleicht wäre es an der Zeit, unter diesen Vorzeichen über Freiheits- und Personenrechte neu zu diskutieren.

## Anmerkungen

- 1 Zum informellen Sektor gehören vom Missionsbazar, unbesteuerte Auftragsarbeiten bis zur Erwerbstätigkeit der Mafia alles. Dienstleistungen enthalten die unterschiedlichsten Tätigkeiten wie Börsenmakeln, Managen, Sexarbeiten, Kinderhüten, Autodesign, Regierungen etc. "Reproduktionsarbeit" wird heute meist als Synonym für Hausarbeit gebraucht.
- 2 Ich beziehe mich hier auf die Debatte im deutschen Sprachraum. Zwei von vielen Büchern seien genannt: Mies, Maria, 1988: Patriachat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich, und Wolf-Graaf, Anke, 1981: Frauenarbeit im Abseits. Frauenbewegung und weibliches Arbeitsvermögen. München.
- 3 Ich brauche Hausfrauenarbeit, Hausarbeit und Familienarbeit synonym. Die Verschiebung des gängigen Sprachgebrauchs von Hausfrauenarbeit zu Familienarbeit ist bemerkenswert.
- 4 Die Umsetzung der Leitlinien in realpolitische Teilschritte ist nicht Gegenstand dieses Artikels.
- 5 Wild, Mathys, 1993: Garantiertes Mindesteinkommen – ein Modell für die Zukunft? In: Neue Wege Nr. 7/8, Zürich.
- 6 Bundesamt für Statistik, 1993: Auf dem Weg zur Gleichstellung? Frauen und Männer in der Schweiz aus statistischer Sicht. Bern S. 31 und S. 62.

- 7 Eine neue Studie zu dieser Frage soll demnächst beim Nationalfonds erscheinen (NFP 35). Die entscheidende Frage ist, ob bei der BIP-Schätzung auf vergleichbare Arbeitskosten (Kosten pro Kilogramm Wäsche) im Erwerbsbereich zurückgegriffen wird oder ob die effektiven Arbeitsstunden im Haushalt mit einem Durchschnittssatz bewertet werden.
- 8 Vgl. DIE ZEIT Nr.14 vom 29.3.96. Die Arbeitslast der Frauen.
- 9 Bauer, Tobias, 1994: Wieviel wurde auf Kosten der Frauen gespart? Studie des Büro BASS, Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien, Bern.
- 10 Berechnet aus: Bundesamt für Statistik, 1995: Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Kommentierte Ergebnisse und Tabellen 1994, Bern.
- 11 S. Bericht darüber in Financial Times vom 30.1.96. Es handelt sich um: "Women: Setting new priorities. Whirlpool Foundation, 400 Riverview Drive, Suite 410, Benton Harbor, MI 49022, USA.
- 12 Madörin, Mascha, 1995: Perspektivenkrise für Männer? Familienmoral für Frauen! Zur neoliberalen Umordnung der Geschlechterverhältnisse in den USA. In: Olympe Heft 3/ Juni 1995, Zürich, S.36ff. Siehe dazu auch den Artikel von Monica Hegglin im Tages-Anzeiger vom 17.5.96.
- 13 Wichterich, Christa, 1996: Von der "Feminisierung" der Beschäftigung. Frauen auf dem globalen Erwerbsarbeitsmarkt. Frankfurter Rundschau vom 18.5.1996, S.ZB5 ff.
- 14 In einer Umfrage in Vorarlberg (Österreich) nannten Frauen als wichtigsten Vorteil der Erwerbsarbeit "Eigenes Geld" (45%), "Eigene Altersvorsorge"(45%), "Kontakt zu anderen Menschen" (35%), "Muss nicht wegen Geld beim Mann bleiben" (25%). Quelle: Frauenreferat der Vbg. Landesregierung Hrsg., 1993: Frau sein in Vorarlberg. Empirische Grundlagenstudie in Vorarlberg, Bregenz, S. 41.
- 15 S. Anm. 11 und SMUV, Abteilung Frauen (Hg.), 1994.: Umfrage zu Arbeit und Familie. Bern 1994.
- 16 Österreichisches Statistisches Zentralamt, 1995: Zeitverwendung 1992/1981. Ergebnisse des Mikrozensus. In: Beiträge zur österreichischen Statistik, Heft 1.171, Wien. Die Resultate sind zusammengefasst in: Österreichisches Statistisches Zentralamt/Bundesministerium für Jugend und Familie, 1995: Wo kommt unsere Zeit hin? Beruf-Familie-Freizeit. Das Zeit-Budget der österreichischen Familien, Wien.
- 17 Madörin, Mascha, 1995: Sechstageswoche und Teilzeitarbeit. Frauen in Geld- und Zeitnöten. In: WochenZeitung Nr. 26 v. 30. Juni, Zürich. Vgl. jetzt die Studie "Auf dem Weg zur Gleichstellung?" des Bundesamtes für Statistik in Bern (T.A. v. 15.6.1996). Auf Grund dieser aktuellen Daten (SAKE) scheinen Frauen in der Schweiz weniger Zeit für Hausarbeit aufzuwenden als in Österreich, während die Stundenzahl der Männer näher beieinanderliegt. Sowohl bei Frauen wie auch bei Männern variiert der Stundenaufwand nach Bildungsgrad; besser ausgebildete Männer verrichten wöchentlich 10.3 Std., mit Primarschulabschluss 7.8 Std. Haushaltsarbeiten. Für beide Länder ist die Tatsache gleich, dass bei Frauen der Zeitaufwand für Hausarbeit steigt, wenn sie mit einem Partner und mit Kindern zusammenleben, während er bei Männern kaum variiert. So arbeiten alleinstehende Frauen wöchentlich 14.7 Stunden, Frauen mit Partner 22.4 und mit Kinder 35.8 Stunden. Für Männer lauten die entsprechenden Zahlen: 9 Std., 8.9 Std und 11.8 Std. wöchentlich. Arbeitszeitmässig haben Kinder für Frauen beträchtliche Konsequenzen, für Männer fast überhaupt keine.
- 18 Ebd.; Ries, Andrea, 1992: Zeitkünstlerinnen. Statistische Hintergedanken zu Frauenarbeit und Arbeitsmarkt. In: Bulletin No. 3 der Kantonalen Stelle für Gleichstellung von Frauen und Männern, Bern; Schmuckli, Lisa, 1994: Gebrochene Kontinuität. Zu einer Ökonomie der Zeiten. In: Filli Heidi Bernhard et.al.:Weiberwirtschaft. Frauen-Ökonomie-Ethik, Luzern, S.41ff.
- 19 Mascha, Madörin, 1995 siehe Anm. 12.
- 20 So sind zum Beispiel Arbeiten auf Abruf für Personen mit Kindern sehr schwierig zu organisieren.
- 21 Ich halte den Ausbau von Ergänzungsleistungsregelungen, wie es die Gewerkschaften

und die SPS vorsehen, für politische kontraproduktiv, weil unterstützungsbedürftige soziale Gruppen gegeneinander ausgespielt werden können.

- 22 Harcourt, Wendy, 1994, ed.: *Feminist Perspectives on Sustainable Development*, S.1-7.
- 23 Übersichten dazu in: Nadai Eva und Beatrice Hess, 1995: *Vom Nutzen der Uneigennützigkeit. Freiwilliges Engagement im Sozialbereich. Nationales Forschungsprogramm 35*, Zürich; *Zeitbudgetanalyse* s. Anm.16.
- 24 Rifkin, Jeremy, 1995: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt a.M./New York, S.182/3.
- 25 Madörin, Mascha, 1995: *Der neue Wert der Arbeit. Die 10. AHV-Revision*. In: *Wochenzeitung* Nr. 9, 3.3.95, Zürich.
- 26 Wiederkehr, Susi, 1995: *Ein Schritt vor, zwei zurück oder Was heisst Fortschritt. Kommentar zum Vorentwurf der Mutterschaftsversicherung*. In: *Olympe* 3/95, Zürich, S.100ff.
- 27 S. dazu den interessanten Artikel von Krebs, Angelika: *Kann denn Liebe Arbeit sein? Warum "Frauenarbeit" ökonomisch anerkannt werden sollte*. In: *NZZ* vom 4./5.Mai 1996.
- 28 Quelle s. Anm. 12 Artikel von Madörin, Mascha, 1995, S. 40 ff.
- 29 Zum Kapitalbegriff s. Madörin, Mascha, 1995: *Feministische Wirtschaftspolitik – weg von den politischen und theoretischen Trampelpfaden*, in: *Olympe* Heft 2, Zürich, S.14 mit Anm.11 zu Pierre Bourdieu.
- 30 Das Aufdröseln des Begriffes Subsistenzproduktion (Maria Mies) in die beiden erwähnten Teile könnte vielleicht für die Auseinandersetzung mit diesem heftig umstrittenen Begriff nützlich sein.
- 31 So z.B. der Vorschlag eines "ergänzenden Arbeitsmarktes" von Peter Tschümperlin (Schweiz. Konferenz f. öffentliche Fürsorge), vorgestellt von Helena Neuhaus: *Die Arbeit geht nicht aus*. *Handels Zeitung*, Nr. 22, 30.5.1996.
- 32 Arbeitsgruppe "Umverteilung der Arbeit" der SP Schweiz, 1995: *Wege zur doppelten 25-Stunden-Woche. Vorschläge zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen Frauen und Männern. Schlussbericht der Arbeitsgruppe*. Bern, Sept.95.
- 33 Ebd. S.37. Meine Skepsis ist hier nicht die gleiche wie diejenige von Serge Gaillard vom Schweiz. Gewerkschaftsbund (Referat zur Diskussionstagung der SPS "Bezahlte und unbezahlte Arbeit Umverteilen – per Anreiz oder Zwang? vom 11.11.95) gegen die vorgesehene Lenkungsabgaben gegenüber den Unternehmen, wie sie der Erwerbsarbeitsbonus darstellt.